

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm**

Der innenstadtnahe Bremer Flughafen bietet Flugreisenden wegen seiner guten Erreichbarkeit und Citynähe durchaus Vorteile, bringt aber für die anliegende Bevölkerung in den Stadtteilen erhebliche Belastungen mit sich. Ein Nebeneinander von Luftverkehrsinfrastruktur und Flughafenanwohnerinnen und -anwohnern besonders in Ballungsräumen erfordert Rücksicht und einen fairen Ausgleich der Interessen.

Seit Jahren nimmt die Zahl der Flugbewegungen an den großen Verkehrsflughäfen und auch in Bremen am Tag und auch in der Nacht drastisch zu. Jüngere Studien zeigen deutlich erhebliche Belästigungen bis zu gesundheitlichen Auswirkungen durch nächtlichen Fluglärm. Der Schutz der Nachtruhe vor Lärm ist eine der zentralen Aufgaben der Lärmschutzpolitik. Unvermeidbarer Fluglärm in der Nacht muss mit lärmindernden Maßnahmen im Betriebsablauf (Bonuslisten, etwa Zulassung nur bestimmter lärmärmerer Flugzeuge) so weit reduziert werden, dass die Auswirkungen auf die Nachtruhe der Bevölkerung so stark wie möglich minimiert werden. Anreizmodelle wie gestaffelte Gebühren nach Emissionen und Start-/Landzeiten sollen helfen, Nachtflüge zu reduzieren und den Einsatz von lärmärmeren Flugzeugen zu erhöhen. Einige Länder haben bereits emissionsabhängige Start- und Landgebühren eingeführt: Wer weniger emittiert, zahlt auch weniger.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die vorgeschriebenen Nachtflugbeschränkungen einzuhalten und nur in zwingenden Ausnahmefällen Nachtflüge zu genehmigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Flughafengebührenordnung derart zu ändern, dass höhere Zuschläge für Starts und Landungen in der Nachtzeit erhoben werden. Zudem sollen neben den Schadstoffemissionen auch zukünftig die Gebühren abhängig von den Lärmemissionen der Flugzeuge bemessen werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zukünftig transparent darzulegen, welche Nachtflüge aus welchen Gründen genehmigt wurden bzw. auch die Anzahl der abgelehnten Nachtflüge offenzulegen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich für größtmögliche Transparenz der Sitzungen der Lärmschutzkommission des Flughafens einzusetzen und zu ermöglichen, dass die Fluglärmkommission künftig öffentlich tagt.

Dr. Maike Schaefer, Ralph Saxe, Björn Fecker, Linda Neddermann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD